# Natur, Klima und Zivilgesellschaft schützen - Einschränkungen verhindern

Drucksache **21/4757** · eingebracht 2026-03-17 — Antragsteller: **GRÜNE**

Klimaschutz | Naturschutz | Demokratie | Zivilgesellschaft

## ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag kritisiert die aktuelle Bundesregierung als Frontalangriff auf Natur, Klima und Zivilgesellschaft und fordert den Erhalt und Ausbau von Umweltrechten, den konsequenten Ausstieg aus fossilen Energien und die Verteidigung des Green Deal.

## KERNFORDERUNGEN

- Erhalt der Verbandsklage und zivilgesellschaftlicher Beteiligungsrechte
- Schutz natürlicher Lebensgrundlagen als Sicherheitspolitik
- Konsequenter Klimaschutz und Ausstieg aus fossilen Energien
- Verteidigung des europäischen Green Deal

## BEWERTUNG

**9.0**/10 GEMEINWOHL-SCORE

**Uneingeschränkt unterstützen**

Der Antrag stärkt systematisch alle fünf GWÖ-Werte: Menschenwürde (Schutz gesundheitsgefährdender Luft), Solidarität (gemeinwohlorientierte Naturinfrastruktur als Sicherheitspolitik), Ökologische Nachhaltigkeit (konsequenter Arten-, Wasser-, Wald- und Klimaschutz), Soziale Gerechtigkeit (Schutz Mieter*innen vor fossilen Heizkosten, Stärkung zivilgesellschaftlicher Teilhabe) und Transparenz & Mitbestimmung (Erhalt von Verbandsklage, Bürgerräten, Evidenzbasierung). Er adressiert alle fünf Berührungsgruppen — besonders stark in D (Bürger:innen/Wirtschaft) und E (Staat/Gesellschaft/Natur) — mit durchgängig positiven Bewertungen. Kein Feld weist einen negativen Wert auf.

## STÄRKEN & SCHWÄCHEN

**Stärken**

- Konsequente Verknüpfung von Klima-, Natur- und Demokratieschutz
- Starke Betonung intergenerationaler Gerechtigkeit
- Klare Kritik an neoliberalen und rechtspopulistischen Narrativen
- Systematische Einbindung aller fünf GWÖ-Werte

**Schwächen**

- Keine konkreten finanziellen Umsetzungsvorschläge
- Keine Nennung von Gemeindeebene oder kommunalen Handlungsmöglichkeiten
- Keine Bezugnahme auf soziale Ungleichheit in der Klimakrise (z.B. Energiearmut)

## GWÖ-MATRIX 5×5

| | WÜRDE | SOLIDARITÄT | NACHHALTIG-KEIT | GERECH-TIGKEIT | TRANSPARENZ |
|---|---|---|---|---|---|
| A · LIEFERANT:-INNEN | · | · | · | · | · |
| B · FINANZEN | · | · | · | · | · |
| C · VERWALTUNG | · | · | · | · | · |
| D · BÜRGER:INNEN | ++ | ++ | ++ | ++ | ++ |
| E · GESELLSCHAFT & NATUR | · | · | ++ | ++ | ++ |

++ stark fördernd  + fördernd  ○ neutral  - widersprechend  -- stark widersprechend

## SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

**D2** **Gemeinwohlorientierte Infrastruktur** `Bewertung: +5`

Natürliche Infrastruktur als Sicherheitspolitik, Querschnittsaufgabe

**D3** **Ökologische Resilienz** `Bewertung: +5`

Artensterben, Gewässer-, Boden-, Wald- und Luftschutz

**D5** **Demokratische Partizipation** `Bewertung: +5`

Erhalt von Verbandsklage, Bürgerbeteiligung, evidenzbasierte Planung

**E3** **Planetare Verantwortung** `Bewertung: +5`

Verteidigung des Green Deal, EU-weiter Klimaschutz, globale Klimagerechtigkeit

## PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

### CDU

**WAHLPROGRAMM** 2/10

Der Antrag widerspricht zentralen CDU-Kernpositionen wie 'Planung beschleunigen', 'Klagemöglichkeiten reduzieren' (Q14), 'Bürokratieabbau' ohne Schutzstandards (Q15) und 'Technologieoffenheit' statt konsequentem Ausstieg aus fossilen Energien (Q13). Die Forderung nach Erhalt der Verbandsklage steht im klaren Gegensatz zur CDU-Forderung nach 'Blockaden abbauen' (Q14).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

**PARTEIPROGRAMM** 3/10

Das CDU-Grundsatzprogramm betont 'Schöpfungsverantwortung' (Q16/Q17) und 'nachhaltigen Umgang mit Wasser' (Q20), was teilweise übereinstimmt. Doch die Ablehnung von 'Verursacherprinzip' und 'realer Ausgleichspflicht' im Antrag widerspricht dem Prinzip der 'Verantwortung' (Q16/Q18). Auch die Forderung nach 'Marktwirtschaftlichem Umweltschutz' (Q16) kollidiert mit der grünen Kritik an 'Freikaufen von Naturzerstörung'.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

### CSU

**WAHLPROGRAMM** 2/10

Identisch mit CDU: Der Antrag lehnt explizit die CSU-Politik ab, die 'Klagemöglichkeiten reduzieren' (Q23) und 'Planung beschleunigen' will (Q23), während er die Verbandsklage als unverzichtbar fordert. Die Kritik am 'Beton-Turbo' und 'Solarkiller' widerspricht direkt der CSU-Forderung nach 'Freiräumen für die Wirtschaft' (Q22) und 'Entrümpelungsgesetzen' (Q25).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

**PARTEIPROGRAMM** 3/10

Wie bei der CDU: Die CSU teilt das christlich-demokratische Menschenbild (Q16), aber der Antrag kritisiert die CSU-Positionen zu Bürokratieabbau und Verfahrensbeschleunigung als naturzerstörerisch — ein fundamentaler Widerspruch zum Grundsatz der 'Verantwortung' (Q16/Q18).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

## AfD

### WAHLPROGRAMM — 0/10

Vollständiger Widerspruch: Der Antrag fordert konsequenten Klimaschutz, Ausstieg aus fossilen Energien und Verteidigung des Green Deal — alles Kernpunkte, die die AfD ablehnt (Q20: 'gegen Energiewende', 'für Kernkraft und Kohle'). Die Forderung nach 'Einschränkungen verhindern' zielt direkt gegen die AfD-Politik der 'Remigration' und 'Abschiebungen' (Q20), die als zivilgesellschaftliche Einschränkung gewertet wird.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

### PARTEIPROGRAMM — 0/10

Keine Übereinstimmung: Das AfD-Grundsatzprogramm lehnt 'Gender-Ideologie', 'EU-Kritik' und 'Kernkraft' ab — der Antrag setzt stattdessen auf europäische Kooperation, Klimagerechtigkeit und zivilgesellschaftliche Vielfalt. Vollständiger Widerspruch zu allen Kernideen (Q20).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

## SPD

### WAHLPROGRAMM — 8/10

Hohe Übereinstimmung: Der Antrag unterstützt die SPD-Forderung nach 'Tempolimit' (Q27), 'Wasserstraßeninfrastruktur' (Q28), 'Bürgerräten' (Q29) und 'Bürokratieabbau im Verwaltungsvollzug' (Q30). Die Kritik am 'Teuer-Heizen-Gesetz' korrespondiert mit der SPD-Position zur sozialen Gerechtigkeit. Die Forderung nach 'echtem Bürokratieabbau' (Ziffer 5) spiegelt Q30 wider.

> „Wir wollen Bürgerräte als festen Bestandteil unserer Demokratie etablieren."
> `SPD Regierungsprogramm Bundestagswahl 2025, S. 41`

### PARTEIPROGRAMM — 7/10

Die SPD steht für 'ökologische Verantwortung als Teil der Grundwerte' (Q31/Q34) und 'soziale Marktwirtschaft' (Q35). Der Antrag stärkt diese Werte durch Klimaschutz und soziale Absicherung. Allerdings bleibt die SPD-Forderung nach 'Förderung der Brennstoffzellentechnologie' (Q31) im Antrag unberücksichtigt — kein Widerspruch, aber Lücke.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

## GRÜNE ANTRAGSTELLER:IN

### WAHLPROGRAMM 10/10

Der Antrag ist wörtlich aus dem Grünen Regierungsprogramm 2025 entnommen: Kritik am 'Green Deal-Abschwächung' (Q3), Forderung nach 'Verantwortung von Sektoren im Bundesklimaschutzgesetz' (Q5), 'Kapitalströme in nachhaltige Aktivitäten umlenken' (Q6), 'intakte Umwelt als Voraussetzung für Gesundheit' (Q7) und 'Klimaneutralität als Wohlstand neu definieren' (Q8).

> „Wir stellen uns der Abschwächung des Green Deal und des „Fit for 55“-Pakets mit seinen Gesetzen entgegen"
> Grüne Regierungsprogramm Bundestagswahl 2025, S. 38

### PARTEIPROGRAMM 10/10

Alle Kernforderungen entsprechen exakt dem Grundsatzprogramm: 'planetare Grenzen' (Q9), 'ökologische Gerechtigkeit zwischen den Generationen' (Q7), 'Lebendige Demokratie' (Q8), 'Klimaschutz als Menschheitsaufgabe' (Q6/Q9) und 'Kapitalströme in nachhaltige Aktivitäten' (Q6).

> „Die Kosten des Übergangs sollen gerecht und solidarisch getragen werden."
> Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 31

> „Nach dem fossilen Zeitalter beginnt das ökologische Zeitalter."
> Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 21

## LINKE

### WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

### PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

## BSW

### WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

### PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

## FDP

**WAHLPROGRAMM** 1/10

Fundamentaler Widerspruch: Der Antrag lehnt 'Technologieoffenheit' (Q31) ab und fordert stattdessen konsequenten Ausstieg aus fossilen Energien — entgegen der FDP-Forderung nach 'keinen Verboten' (Q31). Die Kritik am 'Bürokratieabbau' als 'schädlichen Abbau von Schutzstandards' widerspricht der FDP-Position 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' (Q31) und 'schlanker Staat' (Q31).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

**PARTEIPROGRAMM** 1/10

Die FDP setzt auf 'freie Marktwirtschaft' (Q31) und 'Eigentum' (Q31), während der Antrag staatliche Eingriffe zur Durchsetzung von Naturschutz und Klimaschutz fordert — ein klarer Widerspruch zum Grundsatz der 'Freiheit' (Q31).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

## VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Maßnahmen gegen das Artensterben sowie für den Schutz von Gewässern, Böden, Wäldern und der Luft zu priorisieren, sie aufgrund ihrer Funktion für den Erhalt und die Stärkung der natürlichen Infrastruktur ins überragende öffentliche Interesse zu stellen, als Sicherheitspolitik zu begreifen und zur Querschnittsaufgabe aller angrenzender Politikfelder zu machen;

> Maßnahmen gegen das Artensterben sowie für den Schutz von Gewässern, Böden, Wäldern und der Luft zu priorisieren, sie aufgrund ihrer Funktion für den Erhalt und die Stärkung der natürlichen Infrastruktur ins überragende öffentliche Interesse zu stellen, als Sicherheitspolitik zu begreifen, zur Querschnittsaufgabe aller angrenzender Politikfelder zu machen und ihre Finanzierung durch eine ökologische Steuerreform sicherzustellen;

Begründung: Stärkt die GWÖ-Dimension 'Soziale Gerechtigkeit' (D4) durch konkrete Finanzierungssicherung und verankert den ökologischen Mehrwert in der Haushaltsverantwortung (B2).

Vorschlag 2 von 3

Original: den Ausstieg aus fossilen Energien entschlossen voranzutreiben, statt neue Abhängigkeiten zu schaffen. Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht weiter ausgebremst, sondern müssen konsequent umgesetzt werden;

> den Ausstieg aus fossilen Energien entschlossen voranzutreiben, statt neue Abhängigkeiten zu schaffen. Dazu gehört die sofortige Streichung aller Subventionen für fossile Energieträger und die Einführung einer $CO_2$-Mindestpreisgarantie, um Investitionssicherheit für Erneuerbare zu schaffen. Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht weiter ausgebremst, sondern müssen konsequent umgesetzt werden;

Begründung: Verstärkt 'Ökologische Nachhaltigkeit' (D3/E3) durch konkrete ökonomische Steuerungsinstrumente und erhöht die Treue zur GWÖ-Matrix-Spalte 'Solidarität' (B2) durch faire Lastenverteilung.

Vorschlag 3 von 3

Original: evidenzbasierte Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung, die im Einklang mit Umwelt- und Rechtsstandards stehen, vorzulegen und einen unterkomplexen, verkürzt verstandenen Begriff von „Bürokratieabbau“ nicht länger gegen Natur-, Umwelt-, Tier- und Klimaschutz auszuspielen, und stattdessen echten Bürokratieabbau im Verwaltungs- und Gesetzesvollzug zu betreiben, der nicht einseitig einen schädlichen Abbau von Schutzstandards zum Ziel hat;

> evidenzbasierte Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung, die im Einklang mit Umwelt- und Rechtsstandards stehen, vorzulegen **und dafür digitale, interoperable Genehmigungsplattformen einzuführen, die gleichzeitig Transparenz für Bürger*innen und Rechtssicherheit für Unternehmen garantieren**; einen unterkomplexen, verkürzt verstandenen Begriff von „Bürokratieabbau“ nicht länger gegen Natur-, Umwelt-, Tier- und Klimaschutz auszuspielen, und stattdessen echten Bürokratieabbau im Verwaltungs- und Gesetzesvollzug zu betreiben, der nicht einseitig einen schädlichen Abbau von Schutzstandards zum Ziel hat;

Begründung: Stärkt 'Transparenz & Mitbestimmung' (D5) durch digitale Partizipation und 'Solidarität' (C3) durch moderne Verwaltungstechnik — beide zentrale GWÖ-Felder.

# Original-Antrag

## Drucksache 21/4757

Natur, Klima und Zivilgesellschaft schützen - Einschränkungen verhindern

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

**Deutscher Bundestag** **Drucksache 21/4757**

**21. Wahlperiode** 17.03.2026

# Antrag

**der Abgeordneten Dr. Jan-Niclas Gesenhues, Dr. Julia Verlinden, Steffi Lemke, Harald Ebner, Julia Schneider, Lisa Badum, Dr. Alaa Alhamwi, Ayse Asar, Dr. Armin Grau, Dr. Andrea Lübcke, Dr. Zoe Mayer, Swantje Henrike Michaelsen, Dr. Irene Mihalic, Claudia Müller, Marlene Schönberger, Johannes Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

## Natur, Klima und Zivilgesellschaft schützen – Einschränkungen verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Diese Bundesregierung fährt einen Frontalangriff auf Natur, Klima und die ökologische Zivilgesellschaft.

Zunächst will die Koalition das Verbandsklagerecht beschneiden. Damit wird die Natur ihrer Anwälte beraubt, die dafür sorgen, dass Umweltrecht eingehalten wird: etwa, wenn Grenzwerte für gesundheitsschädliche Luftschadstoffe überschritten und Artenschutzvorgaben missachtet werden, Wasser verschmutzt wird und Klimaschutzmaßnahmen nicht ausreichend sind. Gleichzeitig will die Bundesregierung, dass Verursacher*innen von Naturzerstörung sich einfach freikaufen können und Straßenneubau sowie Infrastrukturprojekte schnell durchgedrückt werden – selbst, wenn dadurch wertvolle Lebensräume unwiederbringlich zerstört werden.

Parallel führt die Bundesregierung Deutschland zurück in neue fossile Abhängigkeiten. Der Ausbau von Solarenergie soll ausgebremst und beim Heizen soll weiter auf fossile Energien gesetzt werden – mit steigenden Kosten vor allem für Mieter*innen. In einer Zeit instabiler Ölpreise und wachsender geopolitischer Risiken ist diese Politik nicht nur klimapolitisch fatal, sondern auch verantwortungslos.

Flankiert wird dieser Kurs von einem immer aggressiveren Angriff auf Nichtregierungsorganisationen und Ehrenamtliche. Umweltverbände werden diffamiert und mit etlichen Vorgaben überfrachtet, Förderprogramme gekürzt und Beteiligungsrechte eingeschränkt. Engagierte Bürger*innen, die sich ehrenamtlich für Natur- und Umweltschutz einsetzen, werden von Teilen der Politik gezielt schlechtgeredet und ihre wichtige Arbeit für unsere natürlichen Lebensgrundlagen als wirtschaftsfeindlich verunglimpft.

Zivilgesellschaftliche Initiativen leisten einen wichtigen Beitrag für unser demokratisches Gemeinwesen. Durch gezieltes NGO-Bashing bedient die Bundesregierung aber rechtspopulistische Narrative und spielt damit Antidemokrat*innen in die Hände. Wenn ausgerechnet Umweltschützer*innen als Gefahr für die Demokratie diffamiert werden, ist das nicht nur absurd, sondern brandgefährlich.

Die Strategie dahinter ist offensichtlich: Wer Umweltverbände und Ehrenamtliche diskreditiert und ihre Rechte beschneidet, will kritische Stimmen leise machen. Denn

ohne sie gäbe es weniger Widerstand gegen Naturzerstörung, weniger Kontrolle staatlichen Handelns, mehr Profit für wenige und weniger Druck für echten Klimaschutz.

Anstatt, dass die Bundesregierung rote Linien beim Umwelt-, Klima- und Naturschutz zieht, dreht sie zentrale Errungenschaften zurück: Solarkiller, Teuer-Heizen-Gesetz, Beschränkung der Verbandsklage, Abschaffung der realen Ausgleichspflicht für Eingriffe in die Natur und damit des Verursacherprinzips bei Naturzerstörung, Einführung eines überragenden öffentlichen Interesses für Autobahnen, Schwächung von Umweltverträglichkeitsprüfungen, Beton-Turbo, verschleppte Klimapolitik, Verbrenner-Aus-Aus und die Rückabwicklung des Green-Deals gehören zur traurigen Bilanz nach knapp einem Jahr dieser Regierung. Die Summe dieser Maßnahmen ist nichts weniger als der größte Angriff auf Natur-, Umwelt-, Tier- und Klimaschutz seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Umweltverbände und zivilgesellschaftliche Initiativen finanziell und ideell zu unterstützen. Beteiligungs- und Klagerechte sollen nicht eingeschränkt werden;
2. die bewährte Eingriffsregelung und das Eingriffsvermeidungsgebot des Naturschutzgesetzes als seinen wesentlichen Kern gerade im 50. Jahr seines Bestehens zu erhalten, statt sie abzuschaffen;
3. Maßnahmen gegen das Artensterben sowie für den Schutz von Gewässern, Böden, Wäldern und der Luft zu priorisieren, sie aufgrund ihrer Funktion für den Erhalt und die Stärkung der natürlichen Infrastruktur ins überragende öffentliche Interesse zu stellen, als Sicherheitspolitik zu begreifen und zur Querschnittsaufgabe aller angrenzender Politikfelder zu machen;
4. den Ausstieg aus fossilen Energien entschlossen voranzutreiben, statt neue Abhängigkeiten zu schaffen. Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht weiter ausgebremst, sondern müssen konsequent umgesetzt werden;
5. evidenzbasierte Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung, die im Einklang mit Umwelt- und Rechtsstandards stehen, vorzulegen und einen unterkomplexen, verkürzt verstandenen Begriff von „Bürokratieabbau“ nicht länger gegen Natur-, Umwelt-, Tier- und Klimaschutz auszuspielen, und stattdessen echten Bürokratieabbau im Verwaltungs- und Gesetzesvollzug zu betreiben, der nicht einseitig einen schädlichen Abbau von Schutzstandards zum Ziel hat;
6. den europäischen Green Deal zu verteidigen und weiterzuentwickeln und sich auf europäischer Ebene entschlossen gegen Versuche zu stellen, zentrale Errungenschaften und Instrumente im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zurückzudrehen.

Berlin, den 17. März 2026

**Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion**

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333